

F 57.291  
D02. 1981

Sch. 5

198

## rathaus · korrespondenz



Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

*gegründet 1861*

Dienstag, 1. Dezember 1981

Blatt 3160

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

**Kommunal:** Wettbewerb Gräf-und-Stift-Gründe: Jury tagt  
(rosa) Stadtwerke-Wirtschaftsplan im Stadtsenat  
Gesundheitsbericht für Wien  
Neue Verkehrsorganisation im 1. Bezirk  
Wohnungen: Förderung und Nachförderung  
Europarats-Seminar: Bürgerbeteiligung an Stadterneuerung  
Bisamberg in Wien geschützt  
Graz: Fernwärme genauso zu bezahlen wie andere  
Heizkosten  
1981: 16.000 Wohnungsverbesserungen gefördert  
Ansturm auf Jahresnetzkarten  
Steinhofgründe seit 1893 Bauland

**Lokal:** Skandalöse Zustände in Ausländer-Quartier  
(orange)

**Kultur:** Original Broadway-Musical in der Stadthalle  
(gelb)

**Nur über FS:** 30.11. Brandstiftung im Kindergarten?  
1.12. Kammerkonzert des Art Club

Wettbewerb Gräf-und-Stift-Gründe: Jury tagt

=++++

3 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die Jury, die über die 31 eingereichten Projekte im Wettbewerb für die Gräf-und-Stift-Gründe in Döbling zu entscheiden hat, tagt derzeit im Messepalast. Mit Ergebnissen ist voraussichtlich Anfang der kommenden Woche zu rechnen. Wie berichtet, sollen am Beispiel eines Projektes mit rund 500 Wohnungen Anregungen und Ziele für die Gestaltung einer zeitmäßigen Wohnsiedlung gefunden werden, die als beispielhaft gelten kann.#

Aufgabe der Wettbewerbsteilnehmer war es, ein Bebauungskonzept mit verschiedenen Gebäudeformen und Erholungsräumen zu entwerfen, das eine abschnittsweise Verwirklichung durch verschiedene Planer zuläßt. Die künftigen Bewohner sollen bereits sehr früh in die Realisierung des Projekts einbezogen werden, um ihnen die Identifizierung mit ihrer neuen Wohnumgebung zu erleichtern. Vor allem soll den Bedürfnissen von Kindern und älteren Menschen entsprochen werden. Freizeiteinrichtungen in der Wohnhausanlage sollen sowohl hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit als auch im Hinblick auf die Erhaltungskosten optimal ausgestaltet werden. Es wird viele verschiedene Wohnungstypen geben. Die Realisierung des Projekts muß im Rahmen der Förderungsbestimmungen möglich sein.

Vorgesehen sind ein 1. Preis (200.000 Schilling) und neun weitere gleichartige Preise zu je 100.000 Schilling. Die Stadt Wien beabsichtigt, das Projekt des ersten Preisträgers der Planung für die städtebauliche Struktur zugrunde zu legen.

Der Jury gehören an: Arch. Dipl. Ing. Dr. Werner OBERMANN, Senatsrat Arch. Mag. Ing. Rudolf KOLOWRATH sowie die Gemeinderäte Albert HOLUB, Hans BROSCHE und Dr. Peter MAYR. Vertreter der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland sind Arch. Prof. Mag. arch. Ottokar UHL, Arch. Dipl. Ing. Elfriede HUTH und Arch. Prof. Dipl. Ing. Dr. Reinhard GIESELMANN. (Schluß) and/ap

NNNN

Stadtwerke-Wirtschaftsplan im Stadtsenat

=++++

4 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Montag im Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie behandelte Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982 wurde am Dienstag auf Antrag von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN auch in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Eine ausführliche Diskussion über den Stadtwerke-Wirtschaftsplan 1982 wird in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Donnerstag, dem 17. Dezember stattfinden. (Schluß) ger/ap

NNNN

Stadtwerke-Wirtschaftsplan im Stadtsenat

=++++

4 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Montag im Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie behandelte Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982 wurde am Dienstag auf Antrag von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN auch in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Eine ausführliche Diskussion über den Stadtwerke-Wirtschaftsplan 1982 wird in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Donnerstag, dem 17. Dezember stattfinden. (Schluß) ger/ap

NNNN

Original Broadway-Musical in der Stadthalle  
Utl.: BUBBLING BROWN SUGAR mit Broadway-Stars

=++++

6 Wien, 1.12. (RK-KULTUR) In der Wiener Stadthalle hat heute, Dienstag, das Broadway-Musical Bubbling Brown Sugar Premiere. Bubbling Brown Sugar ist ein original Broadway-Musical, das in Wien in der Originalsprache und mit den Broadway-Darstellern gebracht wird. Es ist die erste Original-Broadway Produktion, die in Österreich zu sehen ist.

Die Musical Show beginnt in den Straßen des heutigen Harlem, wo drei Schauspieler, die das Harlem der guten alten Zeit miterlebten, jungen Leuten über die goldenen Tage von Harlem erzählen, vom Harlem der Dreißigerjahre. Es ist das Harlem mit den Evergreens von Duke Ellington, Earl Hines, Fats Waller und Billie Holiday.

Bubbling Brown Sugar ist eine Folge von Bildern, Tanz und Gesang und entstand nach einer Idee von Rosetta Le Noir und dem Buch von Loftin Mitchell. Die Premiere fand am 1. März 1976 im Anta Theater am Broadway statt, die Europapremiere folgte am 28. September 1977 im Londoner Royal Theater. Bubbling Brown Sugar wird in der Wiener Stadthalle vom 1. bis 20. Dezember gezeigt. Die Vorstellungen finden von Dienstag bis Freitag jeweils um 19.30 Uhr, Samstag um 15 und 19 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen um 14 und 18 Uhr statt. Montag ist spielfrei. (Schluß) fk/bs

NNNN

## Skandalöse Zustände in Ausländer-Quartier

Utl.: Lebensgefährliche Installationen

=++++

7 Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Unter menschenunwürdigen Verhältnissen hausten acht polnische Staatsangehörige in Wien-Leopoldstadt, Springergasse 11, in einem illegalen Massenquartier. Dies stellte sich in der Nacht auf Dienstag bei einer Überprüfung durch Fremdenpolizei und Magistratisches Bezirksamt auf Grund einer Anzeige von Hausbewohnern heraus.

In den zwei Zimmern der Althaus-Wohnung waren acht Betten untergebracht. Jedes dieser Betten wurde pro Monat um 1.100 S "vermietet". Abgesehen von diesem Überbelag, befanden sich Strom- und Gasinstallationen in einem derartig desolaten Zustand, daß Lebensgefahr und Brandgefahr gegeben war. Von der Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei wurde die sofortige Abschaltung von Strom und Gas verfügt.

Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR bezeichnete es als skandalös, daß die Notlage von Menschen auf derartige Weise ausgenützt wird und das unselige "Bettgeherunwesen" Urständ feiert. Bednar bot den Insassen der strom- und gaslosen Wohnung vorübergehendes Quartier in einer städtischen Herberge an, das über Vermittlung des Büros für Sofortmaßnahmen der Magistratsdirektion noch in der selben Nacht zur Verfügung stand.

Zwtl.: Nun verstärkte Überprüfung

Der Vermieter der Betten in dem illegalen Massenquartier hat damit zu rechnen, daß sich Gewerbepolizei (unbefugtes Ausüben des Beherbergungsgewerbes), Wirtschaftspolizei (Mietwucher) und Finanzbehörde mit seiner Tätigkeit beschäftigen.

Auf Grund dieses Vorfalles werden Magistratische Bezirksämter und Fremdenpolizei Ausländerunterkünfte verstärkt überprüfen.

(Schluß) smo/bs

NNNN

Neue Verkehrsorganisation im 1. Bezirk (1)

Utl.: Neue Autobuslinie "7 A" zwischen Meidling und Favoriten

=++++

8 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Am Montag, dem 28. Dezember, tritt in der Wiener Innenstadt eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. Der Innenring als Durchzugsroute durch den 1. Bezirk wird aufgelassen und durch zwei Schleifen ersetzt, der "Schleichweg" über den Petersplatz wird unterbunden. Ab 1. Jänner 1982 wird der Sondertarif für die drei innerstädtischen Autobuslinien aufgehoben. Gleichzeitig treten verschiedene Verbesserungen bei der Streckenführung in Kraft. Bereits ab Mittwoch, den 2. Dezember, kann der Franz-Josefs-Kai im Bereich Dominikanerbastei - Julius-Raab-Platz für den Verkehr freigegeben werden. Die bestehende Umleitung über Dominikanerbastei und Wiesingerstraße entfällt ab diesem Zeitpunkt. Mitte Jänner kommt es dann auch im Süden Wiens durch die Einrichtung der neuen Autobuslinie "7 A" zwischen Reumannplatz und Meidling und durch die Verlängerung der Linie "15 A" bis zum Schloß Schönbrunn zu wichtigen Verkehrsverbesserungen. Außerdem sind im kommenden Jahr Intervallverkürzungen bei mehreren Autobuslinien geplant.

Die U-Bahn-Linie U 4 wird am Sonntag, dem 20. Dezember, bis zur Endstation Hütteldorf verlängert. Am 3. September 1982 erfolgt mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran die Fertigstellung des 31 Kilometer langen erweiterten U-Bahn-Grundnetzes. Gleichzeitig kommt es im 22. Bezirk zu einer Neuorganisation und Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes. Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN informierte am Dienstag im Rahmen des Pressegespräches von Bürgermeister Leopold GRATZ über die bevorstehenden Änderungen in der Verkehrsorganisation sowie im Bereich des öffentlichen Verkehrs. # (Forts.) ger/gg

NNNN

Neue Verkehrsorganisation im 1. Bezirk (2)

Utl.: Zwei Schleifen statt Innenring

=++++

9 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Ziel der Maßnahmen im 1. Bezirk, die im Einvernehmen zwischen Stadtverwaltung, Bezirksvertretung, Polizei und Interessensvertretungen festgelegt wurden, ist eine weitere Verkehrsberuhigung in der Inneren Stadt. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verkehrsorganisation im Bereich des Innenringes wird ein weiterer Schritt zur Realisierung des Schleifenkonzeptes für den 1. Bezirk gesetzt. Als Zeitpunkt wurde bewußt die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr gewählt, weil in dieser Zeit das Verkehrsaufkommen erfahrungsgemäß geringer ist. Die Umstellungsprobleme sollen auf diese Weise so gering wie möglich gehalten werden.

Zwtl.: Die Grundzüge der neuen Verkehrsorganisation

Der Innenring steht ab 28. Dezember für den Durchzugsverkehr nicht mehr zur Verfügung und wird durch zwei Schleifen ersetzt. Eine führt (wie schon bisher) über Tegetthoffstraße - Neuer Markt - Plankengasse - Habsburgergasse - Augustinerstraße. Die zweite Schleife bringt eine neue Verkehrsführung und eine teilweise Umdrehung von Einbahnen. Sie führt über Schauflergasse (Umdrehung der Einbahn) - Herrngasse (Umdrehung der Einbahn zwischen Michaelerplatz und Strauchgasse) - Strauchgasse - Freyung und Teinfaltstraße (beziehungsweise Renngasse - Wipplingerstraße) zum Ring. Aus Richtung Schottengasse kommend bleibt die Zufahrt in der Herrngasse bis zur Strauchgasse möglich.

Der "Schleichweg" durch die Innenstadt über Petersplatz - Bauernmarkt - Brandstätte - Rotenturmstraße (beziehungsweise Wollzeile) wird im Bereich Bauernmarkt - Brandstätte unterbrochen, wobei es Ausnahmen für städtische Busse, Taxis, Fiaker, Radfahrer und Stadtrundfahrtenbusse gibt. (Forts. ) ger/bs

NNNN



## Neue Verkehrsorganisation im 1. Bezirk (3)

Utl.: Änderungen bei innerstädtischen Autobuslinien

=++++

10 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Sondertarif für die drei innerstädtischen Autobuslinien (und für die Kahlenberg-Linie) fällt ab 1. Jänner weg. Die Linien 1 S, 2 S und 3 S werden in 1 A, 2 A und 3 A umbenannt. Gleichzeitig treten verschiedene Änderungen bei der Linienführung in Kraft, die eine Verbesserung für die Fahrgäste bewirken sollen. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehört die Verlängerung der Linie 3 A (derzeit Schottenring - Petersplatz) über Kohlmarkt und Heldenplatz zu den großen Museen. Während diese Linie um die beiden Museen herum fahren wird, soll die Linie 2 A in Zukunft über die Nebenfahrbahn des Burgrings geführt werden. Die Linie 1 A fährt nicht mehr über Renngasse, Wipplingerstraße und Helferstorferstraße, sondern in beiden Richtungen über Freyung und Bognergasse.

Zwtl.: Neue Autobuslinie 7 A - Linie 15 A bis Schönbrunn

Im Süden Wiens treten Anfang 1982 wichtige Verbesserungen im Autobusnetz in Kraft, wobei über die Details der neuen Linienführung noch abschließende Verhandlungen durchgeführt werden.

Voraussichtlich am 16. Jänner nimmt die neue AUTOBUSLINIE 7 A zwischen der U-Bahn-Station Reumannplatz und der Schnellbahnstation Meidling den Betrieb auf. Dadurch wird eine neue Querverbindung zwischen den Bezirken Favoriten und Meidling geschaffen. Die neue Linie bietet eine direkte Verbindung zum Franz-Josefs-Spital, zum Ambulatorium Süd und zum Unfallkrankenhaus Meidling. Der bisher notwendige, rund einen Kilometer lange Fußweg von der Straßenbahnlinie 65 zum Franz-Josefs-Spital entfällt dadurch. Die neue Linie soll mit Normalautobussen betrieben werden. (Forts.)  
ger/ap

NNNN

## Neue Verkehrsorganisation im 1. Bezirk (4)

=++++

11 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die Streckenführung des "7 A":  
Meidling - Eichenstraße - Edelsinnstraße - Wienerbergstraße -  
Ambulatorium Süd - Köglergasse - Unfallkrankenhaus Meidling -  
Kundratstraße - Franz-Josefs-Spital - Davidgasse - Gußriegelstraße -  
Inzersdorfer Straße - Arthaberplatz - Davidgasse - Reumannplatz und  
zurück über Favoritenstraße - Schröttergasse - Laxenburger Straße -  
Inzersdorfer Straße - Neilreichgasse - Davidgasse -  
Franz-Josefs-Spital - Kundratstraße - Unfallkrankenhaus Meidling -  
Köglergasse - Ambulatorium Süd - Wienerbergstraße -  
Philadelphiabrücke - Eichenstraße - Meidling.

Die Strecke der AUTOBUSLINIE "15 A", die wie bisher mit Doppeldeckbussen betrieben wird, wird der neuen Situation infolge der Einführung des "7 A" angepaßt. Außerdem soll zusätzlich der Bereich Schönbrunner Straße - Grünbergstraße erschlossen und eine Verbindung zum Schloß Schönbrunn geschaffen werden.

Im bisherigen Streckenabschnitt Eibesbrunnergasse Meidling wird die Linie "15 A" durch die neue Linie "7 A" ersetzt. Die AUTOBUSLINIE "63 A" verkehrt ab Mitte Jänner nur mehr zwischen der Meidlinger Hauptstraße (U-Bahn-Station) und dem Südwestfriedhof, da der bisherige Abschnitt Meidlinger Hauptstraße (U-Bahn-Station) - Wienerbergstraße nun von der Linie "15 A" befahren wird.

Im kommenden Jahr sind Intervallverbesserungen bei mehreren Autobuslinien geplant. Den Anfang sollen die Linien "34 A" (Floridsdorf - Nußdorfer Straße) und "66 A" (Reumannplatz - Liesing) machen. (Forts. mgl.) ger/gg

NNNN

Wohnungen: Förderung und Nachförderung

=++++

12 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Ein umfangreiches Paket für den Wiener Wohnbau präsentierte Dienstag Wohnen-Stadtrat Johann HATZL der Wiener Landesregierung. Für 759 Wohnungen, 15 Lokale und 496 Ledigenräume wurden 642,3 Millionen an Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 einstimmig bewilligt. Überdies wurden zum erstenmal Nachförderungen nach den am 5. Oktober vom Wohnbauförderungsbeirat beschlossenen neuen Bestimmungen gewährt. Dabei handelt es sich um eine Gesamtsumme von 489,587.000 Schilling.

# (Schluß) pr/gg

NNNN

Gesundheitsbericht für Wien (1)

Utl.: Säuglingssterblichkeit gesunken, verbesserte ärztliche Versorgung

=++++

5 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien hat im Vorjahr die Säuglingssterblichkeit mit 15,0 Promille ihren bisher niedrigsten Wert erreicht. Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung konnte weiter verbessert werden, die Zahl der Geschlechtskranken und der an Tuberkulose Erkrankten nahm ab, die Zahl der Herz- und Kreislaufkrankungen hingegen weiter zu. Dies erklärte Montag abend Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER anlässlich der Präsentation des Wiener Gesundheitsberichtes für das Jahr 1980 im Rahmen eines Pressegespräches. #

Laut Stacher hat sich aufgrund der vielen prophylaktischen Maßnahmen und Einrichtungen die bereits seit einigen Jahren zu beobachtende sinkende Tendenz der Säuglingssterblichkeit fortgesetzt. Nach einer kurzen Zunahme im Jahre 1979 (18,5 Promille) konnte im Jahr 1980 nunmehr dieser Erfolg erzielt werden. Dabei sank die Sterblichkeit sowohl in der ersten Lebenswoche als auch nach dem ersten Lebensmonat deutlich ab.

Zwtl.: Durchschnittsalter der Ärzte gesunken

Die in den letzten Jahren zunehmende Überalterung der in einer Praxis tätigen Ärzte konnte ebenfalls gestoppt werden. Aufgrund der vermehrten Niederlassung von jüngeren Ärzten beträgt das Durchschnittsalter nunmehr bei den praktischen Ärzten 56 Jahre und bei den Fachärzten 53 Jahre. Insgesamt gab es im Vorjahr in Wien 1.084 niedergelassene praktische Ärzte (1976 waren es 1.045). Dies bedeutet, daß 1.490 Einwohner auf einen praktischen Arzt kommen (1977 waren es 1.548 Einwohner pro praktischen Arzt). 764 praktische Ärzte hatten einen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse (1976 waren es 742). Diese erfreuliche Entwicklung ist, laut Stacher, auf die zahlreichen Förderungsmaßnahmen innerhalb der letzten Jahre zurückzuführen. (Forts.) z1/gg

## Gesundheitsbericht für Wien (2)

Utl.: 182.000 Hausbesuche

=++++

13 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Vermehrt in Anspruch genommen wurde auch die 1975 zunächst als Modellversuch gestartete Aktion der "Mobilen Krankenschwestern". Im Rahmen der Aktion - sie wird in sämtlichen Bezirken Wiens durchgeführt - wurden von den 75 Diplomschwestern 182.053 Hausbesuche (1979; 137.443) bei 3.935 (1979: 3.906) Patienten absolviert. Insgesamt wurden die Schwestern von 487 Ärzten als "verlängerter Arm" in Anspruch genommen.

Zwtl.: Rückgang der Zahl der Zeckenerkrankungen

Im Vorjahr ging auch die Zahl der an der sogenannten Zeckenkrankheit Erkrankten deutlich zurück. So erkrankten 1980 nur noch 400 Österreicher an dieser Virusinfektion, davon 27 Wiener. Während der Rückgang dieser Erkrankungen gegenüber dem Jahr 1979 in Österreich ca. 35 Prozent betrug, konnte in Wien eine Abnahme der Erkrankungen um ca. 60 Prozent verzeichnet werden. Dieser große Rückgang ist vor allem als Impferfolg zu werten (1980: 79.337 Einzelimpfungen durch das Wiener Gesundheitsamt). Hingegen nahm die Impfbeteiligung gegen Polio weiter ab. Insgesamt waren es 99.666 Wienerinnen und Wiener, die sich diesem kostenlosen Impfschutz unterzogen. Bei der heurigen Impfkaktion ist allerdings eine erfreuliche Trendumkehr zu bemerken: So wurden in den Bezirksgesundheitsämtern bisher insgesamt 16.600 Personen gezählt, während es im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 8.500 waren.

Rückläufig sind auch, wie Stadtrat Stacher betonte, die einst gefürchtete "Wiener Krankheit", die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten. (Forts.) zi/gg

NNNN

Gesundheitsbericht für Wien (3)

Utl.: Weniger Frequenz bei der Gesundenuntersuchung

=++++

14 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Als alarmierend bezeichnete der Stadtrat den Rückgang bei den Gesundenuntersuchungen. Insgesamt ging die Frequenz gegenüber 1979 von 6.270 auf 5.660 zurück. In diesem Zusammenhang kündigte Univ.Prof. Dr. Stacher in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium eine Änderung der derzeitigen Form der Gesundenuntersuchungen an. Bei den im Vorjahr untersuchten Personen wurde unter anderem bei 924 Schwerhörigkeit bis Taubheit festgestellt, bei 885 Bluthochdruck und bei 225 Untersuchten ergaben sich geschwulstverdächtige Befunde.

Zwtl.: Herzkrankheiten - Todesursache Nummer eins

Die Zahl der Gestorbenen stieg in Wien geringfügig und zwar auf 25.352 Personen. Bei den Todesursachen halten nach wie vor die Herzkrankheiten mit 9.550 Sterbefällen (1979: 8.896) den Rekord, gefolgt von krebstartigen Geschwüren, die bei 6.466 (1979: 5.548) Verstorbenen festgestellt wurden und Gefäßkrankheiten mit 4.688 (1979: 5.368) Fällen.

Zwtl.: Früherkennung und Prophylaxe

Im Rahmen des gemeinsam mit der Universitätsklinik geführten "Zentrums für Entwicklungsdiagnostik" wurden von der Ärzten insgesamt 623 Kinder untersucht, wobei in 50 Fällen eine Entwicklungsstörung festgestellt werden konnte. Im Rahmen der Spezialambulanz des Gesundheitsamts in Wien 10, Gellertgasse 42 wurde ebenfalls eine rege Frequenz verzeichnet. Von 534 untersuchten Kindern zeigten 125 geringe und 13 starke Auffälligkeiten. Einen weiteren Schwerpunkt der Vorsorgeeinrichtungen bildeten die vom Gesundheitsamt durchgeführten Sehtests für Kinder ab dem 3. Lebensjahr. Bei rund 20 Prozent der 13.289 gestesteten Kindern war eine augenärztliche Behandlung notwendig. Im Rahmen von Hörtests wurde bei 9 Prozent der 10.635 untersuchten Kinder eine Beeinträchtigung des Hörvermögens festgestellt. (Schluß) zi/ap

Europarats-Seminar: "Bürgerbeteiligung an der Stadterneuerung" (1)

=++++

15 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Im Gemeinderats-Sitzungssaal des Rathauses begann Dienstag vormittag ein internationales Seminar des Europarates über "Bürgerbeteiligung an der Stadterneuerung und die Rolle der Gemeinden". Den Vorsitz führte Bernard DUPONT, Präsident der Europakonferenz der Gemeinden und Regionen. Bürgermeister Leopold GRATZ, Staatssekretär Adolf NUSSBAUMER und Bernard Dupont hielten die Eröffnungsansprachen. Stadtrat Peter SCHIEDER legte einen zusammenfassenden Bericht über die Aktionsmöglichkeiten und Zuständigkeiten der Gemeinden auf dem Gebiet der städtischen Entwicklung vor.

Das Seminar selbst endet am Mittwoch. Für Donnerstag ist eine Sitzung des Umwelt- und Städtebauausschusses und des Unterausschusses für "Umweltverschmutzung" der Europakonferenz der Gemeinden und Regionen vorgesehen. #

Bürgermeister Gratz, der von 1963 bis 1971 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates gewesen war, deponierte, daß die Städte Europas von ihren Regierungen nicht nur gute Ratschläge und Expertisen, sowie eine Garantie für Autonomie und verfassungsrechtliche Stellung erwarten, sondern auch garantierte finanzielle Mittel, um sich der Stadterneuerung widmen zu können. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß es den Menschen nicht nur um die große Politik gehe, sondern darum, wie ihre Wohnumgebung aussieht. Er zeigte sich optimistisch, daß die Städte die Herausforderung bewältigen werden, dort das Leben zurückzubringen, wo es aus ihnen verschwunden ist. (Forts.) and/bs

NNNN

## Europarats-Seminar (2)

=++++

16 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Vorsitzender des Ausschusses für die Stadterneuerung in Österreich Adolf NUSSBAUMER trat in seinem Beitrag für ein verstärktes Engagement der Stadtbewohner für die Gestaltung ihrer Wohnumwelt ein. Dabei sei ein intensiver Dialog zwischen dem Bürger und den politisch Verantwortlichen erforderlich, gleichzeitig aber auch eine intensive Beteiligung der Bewohner selbst. Man könne feststellen, sagte Nussbaumer weiter, daß die bisher im Rahmen der europäischen Kampagne für Stadterneuerung gesetzten Aktionen eine große Bereitschaft bei der Bevölkerung zur Mitarbeit geweckt haben. Als Beispiel nannte er die Ausstellung "Von der Autostraße zur Wohnstraße", die vor allem von den Gemeinden als wertvoller Beitrag zur Diskussion über die Neugestaltung der Umwelt betrachtet wird. Abschließend sagte der Staatssekretär, das Seminar über Bürgerbeteiligung an der Stadterneuerung sei ein weiteres Glied in einer Kette von Veranstaltungen, die einen Anstoß für eine echte Erneuerung der Städte bilden sollen.

Präsident Bernard DUPONT gab einen Überblick über Entstehung und Bedeutung des Europarats. Der Europarat hat 170 gewählte Vertreter in 21 Mitgliedsländern. Die "Beteiligungsdemokratie", also die unmittelbare Mitsprache der Bürger, rangiere heute noch nicht auf der gleichen Ebene wie die repräsentative Demokratie, sagte Dupont weiter. Er verwies auf die zunehmende Bevölkerungskonzentration in den Städten und die Gefahren durch unkontrolliertes Wachstum. Es gebe Möglichkeiten, in den Städten und Gemeinden neue Formen der Mitbeteiligung von Bürgern zu erproben, sagte Dupont weiter und wies auf die Rolle der Jugend bei der Diskussion und der Meinungsbildung hin. "Wir müssen als Mitglieder des Europarates die Demokratie weiterentwickeln und verteidigen", sagte Dupont abschließend. (Forts.) and/ap

NNNN



Europarats-Seminar: "Bürgerbeteiligung an der Stadterneuerung" (3)  
Utl.: Schieder zu Aktionsmöglichkeiten

=++++

22 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die Entwicklung der Städte ebenso wie die wirtschaftliche Lage, drohende oder vorhandene Arbeitslosigkeit, die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der Bürger, Protestaktionen wie etwa Hausbesetzungen, die zum Nachdenken veranlassen sollen, aber auch die Hochzinspolitik mit ihren Belastungen für die Kommunen gehören zum Hintergrund des Seminars über Bürgerbeteiligung und Stadterneuerung, betonte Stadtrat Peter SCHIEDER zu Beginn seines Berichts über "Aktionsmöglichkeiten und Zuständigkeiten der Gemeinden auf dem Gebiet der städtischen Entwicklung." Sieben Punkte seien für diese Aktionsmöglichkeiten wesentlich, meinte Schieder:

o Die Stadt lebt von der Vielfalt ihrer Angebote - Wohnungen, Arbeitsmöglichkeiten, Verkehrsverbindungen, Schulen, Spitäler, Unterhaltungsmöglichkeiten usw. Gleichzeitig gehören Natur und Freizeitangebote zur Stadt dazu. Nötig ist ein Gleichgewicht dieser Angebote, die das städtische Leben ausmachen. Jede einzelne dieser Fragen muß daher integrierender Bestandteil einer guten Kommunalpolitik sein.

In den letzten Jahren sind zur Entwicklung der Städte viele neue Ideen entwickelt worden - dazu gehören auch Utopien wie Raumgitter-Städte, die vertikale Stadt oder transportables Wohnen, sagte Schieder. Nun seien neue Gedanken zweifellos wichtig - man müsse sich darüber aber auch im klaren sein, daß Städte weder vor sich selbst fliehen können noch sollen. Hier und heute müssen die Probleme gelöst werden.

o Bei der Frage nach der Zukunft der Städte dürfe man nicht in die Vergangenheit flüchten und etwa davon reden, "wieder" Lebensqualität zu schaffen. Für den Großteil ihrer Bewohner haben die Städte früher, etwa um die Jahrhundertwende, nie Lebensqualität geboten, sie waren weitaus trister als es heute selbst "schlechte" Städte sind, meinte Schieder. (Forts.) hs/bs

Europarats-Seminar: "Bürgerbeteiligung an der Stadterneuerung" (4)  
=++++

23 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die Zunahme des materiellen Wohlstands heute sei kein Anlaß, darüber zu jammern, daß eben dieser Wohlstand zu Problemen in den Städten geführt habe. Man solle nicht zu dem Schluß kommen, daß höherer Wohlstand mit der Lebensqualität in den Städten unvereinbar sei, sagte Schieder: zweifellos ist es nicht zielführend, Umweltprobleme lösen zu wollen, indem man weiten Teilen der Bevölkerung den Wohlstand, den kleinere Gruppen schon besitzen, vorenthalten wolle.

o In einem Gemeinwesen, betonte Schieder weiter, müsse es engagierte Bürger geben, da das Funktionieren der Städte davon abhängt, ob der einzelne weiß, welche Chancen zur Mitbestimmung er hat. Nötig sei daher eine bessere Direktinformation und die stärkere Beteiligung des Bürgers. In der Demokratie sei die Arbeit der gewählten Volksvertreter und die Einflußnahme der Bürger gleich wichtig, um menschengerechte Entscheidungen zu treffen.

o Die Kraft und Chance, die für die Demokratie gerade im Bezirksbereich entsteht, sei noch nicht zur Gänze erfaßt, erklärte Schieder außerdem. Gerade am Einzelbeispiel, in seinem Alltagsleben, messe der Bürger die Fähigkeit der Gemeinschaft, Probleme zu lösen.

o Stadterneuerung dürfe schließlich nicht nur Altstadterhaltung und Sanierung bedeuten, dazu gehören auch Grün, Verkehrsverbindungen, Ansiedlung von Geschäften usw. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß durch Stadterneuerung zwar besserer, aber nicht mehr Wohnraum geschaffen werde - daher sei eine geordnete Stadterweiterung ebenfalls nötig.

o In der Gemeindegemeinschaft wird derzeit ein Bericht über Bodenspekulation erarbeitet, sagte Schieder weiter. Man müsse hier zu konkreten Schritten kommen, um einen für die meisten unbefriedigenden Zustand zu ändern.

o Schließlich forderte Schieder in seinem Bericht nicht nur mehr Chancen für den Bürger bei der Mitsprache, sondern auch mehr Mitbestimmung für die Gemeindegemeinschaft im Europarat.

(Forts.) hs/ap

## Bisamberg in Wien geschützt

=++++

18 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien werden alle Anstrengungen unternommen, um das Erholungsgebiet des Bisambergs zu erhalten, betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag zu einer Aussendung des Kunstsenats. So hat die Stadt Wien bereits vor Jahren ein riesiges Areal am Bisamberg angekauft, um es vor der Verhüttelung zu bewahren. Diese Fläche wurde zu einem riesigen und beliebten Erholungsgebiet ausgestaltet.#

Eine weitere Maßnahme, um den Bisamberg zu erhalten, ist auch der Abbruch illegaler Bauten im Landschaftsschutzgebiet, sagte Schieder weiter: bereits in der Vergangenheit wurden einige wilde Bauten abgerissen, weitere Verfahren sind im laufen.

Der Bisamberg selbst ist auf Wiener Gebiet zum Großteil SWW-Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel gewidmet und damit vor jedem zerstörenden Eingriff geschützt. Dadurch ist er auch gleichzeitig Landschaftsschutzgebiet, wodurch Eingriffe, die eine Zerstörung der Landschaft bedeuten, verboten sind. Kleinere Flächen sind als "Ländliches Gebiet" (landwirtschaftlich genutzt) gewidmet, aber im Rahmen der Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels für eine SWW-Widmung vorgesehen. Auch im ländlichen Gebiet sind lediglich Zweckbauten für Landwirtschaftsbetriebe (Wirtschaftsgebäude) möglich. Außerdem befinden sich auf dem Bisamberg einige Naturdenkmäler, die Schanzen.

Im Wiener Bereich ist die Errichtung derartiger Hochhausbauten daher nicht möglich, sagte Schieder und wies abschließend auf seine Protestaktion gegen die Verbauung des Bisambergs im niederösterreichischen Teil hin. Im Rahmen einer Pressekonferenz im Jahr 1980 hatte sich Wien gegen diese Baupläne vehement ausgesprochen. (Schluß) hs/bs

NNNN

## Bisamberg in Wien geschützt

=++++

18 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien werden alle Anstrengungen unternommen, um das Erholungsgebiet des Bisambergs zu erhalten, betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag zu einer Aussendung des Kunstsenats. So hat die Stadt Wien bereits vor Jahren ein riesiges Areal am Bisamberg angekauft, um es vor der Verhüttelung zu bewahren. Diese Fläche wurde zu einem riesigen und beliebten Erholungsgebiet ausgestaltet.#

Eine weitere Maßnahme, um den Bisamberg zu erhalten, ist auch der Abbruch illegaler Bauten im Landschaftsschutzgebiet, sagte Schieder weiter: bereits in der Vergangenheit wurden einige wilde Bauten abgerissen, weitere Verfahren sind im laufen.

Der Bisamberg selbst ist auf Wiener Gebiet zum Großteil SWW-Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel gewidmet und damit vor jedem zerstörenden Eingriff geschützt. Dadurch ist er auch gleichzeitig Landschaftsschutzgebiet, wodurch Eingriffe, die eine Zerstörung der Landschaft bedeuten, verboten sind. Kleinere Flächen sind als "Ländliches Gebiet" (landwirtschaftlich genutzt) gewidmet, aber im Rahmen der Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels für eine SWW-Widmung vorgesehen. Auch im ländlichen Gebiet sind lediglich Zweckbauten für Landwirtschaftsbetriebe (Wirtschaftsgebäude) möglich. Außerdem befinden sich auf dem Bisamberg einige Naturdenkmäler, die Schanzen.

Im Wiener Bereich ist die Errichtung derartiger Hochhausbauten daher nicht möglich, sagte Schieder und wies abschließend auf seine Protestaktion gegen die Verbauung des Bisambergs im niederösterreichischen Teil hin. Im Rahmen einer Pressekonferenz im Jahr 1980 hatte sich Wien gegen diese Baupläne vehement ausgesprochen. (Schluß) hs/bs

NNNN

Gratz: Fernwärme genau so zu bezahlen wie andere Heizkosten

=++++

19 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ erklärte in seinem Pressegespräch am Dienstag, daß jeder Wohnungsinhaber für die Kosten seiner Heizung aufzukommen habe, ob er nun Fernwärme bezieht oder den eigenen Ofen mit Öl oder Koks heizt. Wer aus sozialen Gründen dafür nicht aufkommen kann, erhält eine Unterstützung vom Sozialamt.

Gratz verwies darauf, daß die Heizbetriebe Wien nur dann die Wärmelieferung einstellen, wenn der Kunde auf wiederholte Mahnungen nicht reagiert und auch keine Bereitschaft zeigt, auf langfristige Ratenzahlungen einzugehen.

Die Heizbetriebe Wien haben 1.200 Wohnungen von insgesamt 60.000, die sie versorgen, im September vom Wärmebezug abgeschaltet. Das geschah vor Beginn der Heizperiode, damit die betreffenden Wohnungsinhaber noch eine Möglichkeit hatten, entweder ihre Schulden zu bezahlen oder Ratenzahlungen zu vereinbaren oder sich ans Sozialamt um Hilfe zu wenden. (Schluß) sti/ap

NNNN

1981: 16.000 Wohnungsverbesserungen gefördert

=++++

20 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Wohnbaustadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, konnten im Jahre 1981 nahezu 13.000 Anträge auf Förderung der Wohnungsverbesserung, die insgesamt 16.000 Wohnungen betrafen, positiv erledigt werden. Durch den Einsatz zusätzlicher Mittel wurden im Zuge von Wohnungsverbesserungen 805 Millionen S investiert, die direkt der Wiener Wirtschaft - und hier vor allem Klein- und Mittelbetrieben - zugute kamen.#

Das wie bereits berichtet, ab Jänner 1982 der Gesamtrahmen für geförderte Wohnungsverbesserung von 100.000 auf 120.000 S angehoben wird und auch die Rahmenbeträge für zahlreiche Verbesserungsarbeiten erhöht wurden, ist im Sinne der Stadterneuerung und der Menschen, die ihre Wohnungen verbessern wollen. Die verbesserte Wohnbeihilfenregelung für Jungfamilien, die über Antrag von Stadtrat Hatzl im letzten Wohnbauförderungsbeirat beschlossen wurde, ist ebenfalls im Sinne einer sozialen und zielgerichteten Familien - und Wohnungspolitik. (Schluß) emw/gg

NNNN

## Ansturm auf Jahresnetzkarten

=++++

21 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die neue Jahresnetzkarte der Wiener Verkehrsbetriebe zum Preis von 3.200 Schilling kommt bei den Fahrgästen außerordentlich gut an. Bereits am gestrigen ersten Tag, an dem eine Bestellung möglich war, wurden in den Vorverkaufsstellen und in der Abteilung für Tarifangelegenheiten in Wien 6, Rahlgasse 3, 35.000 Bestellformulare abgeholt und zum Teil auch gleich ausgefüllt und abgegeben. Dies teilte Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag im Pressegespräch von Bürgermeister Leopold GRATZ mit. Wie Hofmann bekanntgab, wird es in Zukunft sowohl in der Rahlgasse als auch in den betriebseigenen Vorverkaufsstellen möglich sein, die 3.200 Schilling auch gleich zu bezahlen. Mehr Personen als erwartet hatten nämlich am ersten Tag diese Möglichkeit anstelle einer monatlichen Abbuchung von zehn Teilbeträgen à 320 Schilling von einem Konto den Vorzug gegeben (ursprünglich hatten die Verkehrsbetriebe die Barzahlung nur in der Rahlgasse vorgesehen). Die Zusendung der Jahreskarte erfolgt auf dem Postweg. Eine persönliche Abholung ist nur in der Rahlgasse möglich.

Die Jahreskarte mit Gültigkeitsbeginn am 1. Jänner 1982 kann noch bis 4. Dezember in den Vorverkaufsstellen und bis 10. Dezember in der Rahlgasse bestellt werden. Selbstverständlich ist danach die Bestellung von Jahreskarten mit einem späteren Gültigkeitsbeginn - aber immer über einen Zeitraum von vollen zwölf Monaten - jederzeit möglich. Bei Barzahlung in der Rahlgasse kann die Jahresnetzkarte mit Gültigkeitsbeginn 1. Jänner auch noch nach dem 10. Dezember gekauft werden. (Schluß) ger/gg

NNNN

Steinofgründe seit 1893 Bauland (1)

Utl.: Nur 14,4 Prozent der Gesamtfläche werden bebaut

=++++

24 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WÜRZER betonte am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, daß das Areal der "Steinofgründe" bereits 1893 im Bauzonenplan als Bauland ausgewiesen wurde. Als der Wiener Gemeinderat 1905 den Beschluß zur Schaffung des Wald- und Wiesengürtels faßte, wurden die "Steinofgründe" nicht miteinbezogen: Heute sind jedoch die "Steinofgründe" rundum von Wohngebieten eingeschlossen, die ursprünglich nicht als Wohngebiet geplant waren.

Die Gesamtfläche des Grundstücks am Heschweg, auf dem 885 Wohnungen errichtet werden sollen, beträgt 246.000 Quadratmeter. Nur 14,4 Prozent, nämlich rund 35.400 Quadratmeter, sollen bebaut werden, und zwar in einer Weise, die sich der Landschaft anpaßt, wobei die Gebäudehöhe 9 bzw. 7,5 m nicht übersteigt. Für jeden Wiener (Einwohnerzahl 1,517.157) geht es darum, ob ihm an dieser Stelle künftig ohne Bebauung zusätzlich 0,16 oder mit Bebauung zusätzlich 0,14 Quadratmeter öffentlich zugängliche Grünflächen zur Verfügung stehen. Für die Penzinger allein gesehen geht es um den Unterschied zwischen 2,7 Quadratmeter (mit Bebauung) bzw. 3,1 Quadratmeter ohne Bebauung, für die Ottakringer um 2,4 Quadratmeter bzw. 2,8 Quadratmeter, für beide Bezirke zusammen um 1,3 Quadratmeter bzw. 1,5 Quadratmeter pro Einwohner. Dem gegenüber ist die Tatsache zu sehen, daß per 31. Dezember 1980 in Wien 21.264 Wohnungssuchende vorgemerkt waren. Würde man ihre Namen in einer kleinformatigen Tageszeitung abdrucken, ließen sich damit 66 Seiten füllen. Knapp 21 davon können zwar im Jahr gestrichen werden, aber 19 1/2 kommen in der gleichen Zeit dazu. (Forts.) red/gg

NNNN



Steinhofgründe seit 1893 Bauland (3)

Utl.: Besondere Sorgfalt bei der Planung

=++++

26 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Um eine optimale Ausgestaltung der 210.600 Quadratmeter künftig frei zugänglichen Grünflächen sicherzustellen, wurde ein Auftrag an fünf außenstehende Fachleute zur Erstellung eines Gutachtens für die Grünflächenplanung vergeben. Es waren die Arch. Dipl.-Ing. Manfred STEIN, Arch. Dipl.-Ing. Stefan HÜBNER, Arch. Dipl.-Ing. Helmut GRASBERGER, Arch. Dipl.-Ing. Dr. Erwin CHRISTOPH und Mag. arch. Prof. Wilhelm HOLZBAUER. Sie folgten dem vom Gemeinderat beschlossenen Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan 5611 nicht, sondern erarbeiteten eigene Bebauungsvorschläge. Von einer denkbaren Forderung nach Einbeziehung in das "Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel" nahmen sie Abstand.

In den Empfehlungen stellte das Beurteilungsgremium, das die Gutachten zusammenfaßte, fest, daß aus der Sicht der Landschaftsplanung "jede Bebauung eine Wertminderung" bedeute. Die Errichtung von Wohnhäusern wurde jedoch nicht ausgeschlossen: "Im Falle einer Bebauung muß diese so erfolgen, daß dieser Landschaftstypus mit seinen wertvollsten Einzelelementen soweit als möglich erhalten bleibt". Alle von den Gutachtern als "berücksichtigungswerte Landschaftselemente" bezeichneten Teile der "Steinhofgründe" werden bei der geplanten künftigen Bebauung berücksichtigt. Auch der Forderung, während der gesamten Bauzeit wertvolle Landschaftselemente durch Zäune zu sichern, soll entsprochen werden. Fußwegeverbindungen werden, wenn das Vorhaben verwirklicht wird, allen Wienerinnen und Wienern innerhalb des zur Zeit durch eine Mauer abgeschlossenen Gebietes zur Verfügung stehen. Auf diese Weise werden die weitläufigen Grünflächen auf den "Steinhofgründen" ebenso leicht erreichbar wie der Dehnepark, das Rosental und die Jubiläumswarte, erklärte Wurzer. Die Erschließung für den Individualverkehr ist von Süden her über die Reizenpfenninggasse geplant. Die Pkw der Bewohner sollen - umweltfreundlich - in einer Tiefgarage abgestellt werden. Derzeit gibt es für diesen Bereich eine private Autobuslinie. Eine Erweiterung des Angebots ist in Zusammenhang mit einer Realisierung des Wohnbauprojekts ins Auge gefaßt. (Schluß) red/bs